

# Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 106

Beatus, Volkmar – Freitag, 9. Mai 2014 – Graf Nikolaus von Zinzendorf

1,40 € / B 4428 A

## LOKALES

Spannung im Stadtrat:  
Das Plenum wählt heute  
zwei Bürgermeister

## REGIONALES

Neuer Bischof kritisiert  
Flut von Pornos und  
Gewaltdarstellungen

## DIE SEITE DREI

Nach Fährunglück:  
Chef der Reederei  
festgenommen

## WIRTSCHAFT

Leitzins im Euro-Raum  
bleibt auf Rekordtief  
von 0,25 Prozent

## SPORT

Silbernes Lorbeerblatt  
für die Sotschi-Sieger  
Schaffelhuber & Freund

## Staat nimmt knapp 20 Milliarden Euro an Steuern zusätzlich ein

Schäuble sieht keine neuen Spielräume – Städtetag hält schnelle Hilfen für die Kommunen für möglich

Berlin. (dpa) Die Steuereinnahmen des Staates steigen in den nächsten Jahren stärker als geplant. Bis 2018 können die öffentlichen Haushalte gegenüber der November-Prognose dank der guten Konjunktur und stabilen Beschäftigungslage mit einem zusätzlichen Plus von insgesamt 19,3 Milliarden Euro rechnen. Das teilte das Bundesfinanzministerium gestern in Berlin nach Beratungen des Arbeitskreises Steuerschätzung mit.

In diesem Jahr müssen Bund, Länder und Kommunen insgesamt mit rund 400 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen planen als noch im November geschätzt. Dabei fällt das Minus beim Bund mit 800 Millionen Euro besonders stark aus. Auch die Kommunen müssten 2014 rund 600 Millionen Euro weniger einplanen. Die Länder dagegen können mit einem Plus im Vergleich zur Novembererschätzung rechnen.

In den Folgejahren kann der Staat mit steigenden zusätzlichen Einnahmen gegenüber der Herbstschätzung rechnen. Bis 2018 dürfte das Steueraufkommen um fast 100 Milliarden Euro steigen – auf 738,5 Milliarden gegenüber den für 2014 erwarteten 639,9 Milliarden Euro. Finanzminister Wolfgang Schäuble

(CDU) dämpfte dennoch die Erwartungen: „Entgegen vielen Spekulationen im Vorfeld ist das Ergebnis der Steuerschätzung, dass wir neue finanzielle Spielräume nicht haben.“ Er verwies darauf, dass Mehreinnahmen schon verplant seien und es für den Bund kein neues Zusatzplus im Vergleich zu den Erwartungen für die Etatplanungen gebe.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erteilte Forderungen nach raschen Steuerensenkungen erneut eine Absage. „Wenn sich finanzielle Spielräume ergeben, wird die Koalition über einen Abbau der ‚kalten Progression‘ reden, aber auf absehbare Zeit sehe ich diese Spielräume nicht.“ Als „kalte Progression“ gelten heimliche Steuererhöhungen als Folge des Zusammenspiels von Lohnerhöhungen, steigenden Steuersätzen sowie Preissteigerungen.

Unions-Haushaltsexperte Norbert Barthle (CDU) erklärte, das negative Ergebnis der Steuerschätzung für den Bund im Jahr 2014 werde in die laufenden Haushaltsberatungen eingearbeitet. „Ebenfalls werden wir uns noch mit der Frage einer Vorsorge für vorläufige Rückerstattungen der Kernbrennstoffsteuer an die klagenden Energieunternehmen beschäftigen.“

Nach Meinung des Städtetages machen „solide Einnahmen des Bundes“ schnelle Hilfen für die Kommunen möglich. Für Städte und Gemeinden ergäben sich keine Spielräume. Dagegen seien sowohl beim Bund als auch bei den Ländern verbesserte Einnahmeerwartungen festzustellen.



DAS IST BITTER FÜR MARIO GOMEZ: Der Torjäger vom AC Florenz gehört nicht zum vorläufigen WM-Kader, den Bundestrainer Joachim Löw gestern bekannt gab. Auch HSV-Torhüter René Adler ist für Brasilien aus dem Rennen. Sami Khedira ist dagegen dabei. Sport

## „Weniger Männchen unterwegs“ BN-Kreisgruppe zieht Bilanz zu Amphibienwanderung im Landkreis

Landshut. (bot) Weil das Frühjahr zu trocken, die Nächte zu kalt und anscheinend weniger Männchen als üblich unterwegs waren, ist die Zahl der geretteten Amphibien der diesjährigen Wandersaison im Landkreis Landshut geringer ausgefallen als 2013, bilanziert Paul Riederer von der Kreisgruppe des Bund Naturschutz (BN).

Erst wenn im Frühjahr der erste warme Regen fällt, starten die Kröten, Frösche und Lurche ihre alljährliche Wanderung von den Winterquartieren zu den Laichplätzen. An vielen Stellen werden dann von den BN-Ortsgruppen Amphibienschutzzäune aufgestellt, um die Tiere sicher über die Straßen zu bringen. Im Landkreis Landshut gab es heuer 17 Einrichtungen. Die Kreisgruppe sammelt nach der Wanderung die Zahlen der einzelnen Ortsgruppen und vergleicht sie mit den Vorjahren. Dabei fiel heuer im Landkreis Landshut auf, dass fast



An 17 Orten im Landkreis Landshut halfen Freiwillige und BN-Mitglieder, damit die Amphibien sicher an ihren Laichplätzen ankamen.

überall weniger Tiere gefunden wurden. Geändert hat sich auch die Verteilung der männlichen und weiblichen Tiere. War von zehn Tieren oft nur eines weiblich, so waren

es in diesem Jahr vier, berichtet Riederer. Er vermutet, dass viele Männchen gar nicht erst losgezogen sind. „Die Weibchen haben den Druck zu wandern, um abzulaichen.“



HEUTE IN IHRER HEIMATZEITUNG: Die Mai-Ausgabe des Jugendmagazins „Freistunde“ beschäftigt sich mit jungen Menschen bei der Bundeswehr.

## Separatisten beharren auf Referendum

Rückschlag in Ukraine-Krise – Kiew bietet nationalen Dialog an – Russland testet Raketen

Donezk/Moskau. (dpa) Rückschlag für die Friedensbemühungen im Ukraine-Konflikt: Die prorussischen Kräfte im Osten des Landes ignorieren den Appell von Kremlchef Wladimir Putin und halten an ihrem umstrittenen Unabhängigkeits-Referendum fest. Die „Volksräte“ der beiden selbst ernannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk entschieden gestern der Nachrichtenagentur Interfax zufolge, wie geplant am Sonntag über die Abspaltung von der Ukraine abstimmen zu lassen. „Es wird keine Verlegung des Referendums geben“, sagte einer der Separatistenführer, Alexej Tschimlenko.

Diese Signale aus der Ostukraine, aber auch aus Kiew machten vorsichtige Hoffnungen auf eine Annä-

herung der Konfliktparteien vorerst zunichte. Denn kurz zuvor hatte die prowestliche Führung in Kiew angekündigt, ihre „Anti-Terror-Operation“ gegen die Separatisten, bei der es in den letzten Tagen viele Tote gab, fortzusetzen. International hatte es Aufrufe gegeben, den Militäreinsatz im Osten zu stoppen.

Von der Regierung in Kiew kamen am Abend aber erste versöhnlichere Töne, als die Führung alle politischen Kräfte des Landes zu einem nationalen Dialog aufrief. Zugleich machten Übergangspräsident Alexander Turtschinow und Regierungschef Arseni Jazenjuk in einer gemeinsamen Erklärung aber deutlich, dass sie nicht mit bewaffneten prorussischen Gegnern der prowestlichen Führung verhandeln

wollten. Ziel des Dialogs sei ein nationaler Konsens über Schlüsselfragen der ukrainischen Gesellschaft, hieß es. Dazu zählten eine Dezentralisierung der Macht, eine Reform des Sicherheits- und Justizapparats sowie der Schutz der Minderheiten. Vorgeschlagen würde, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) den Prozess überwachen solle.

Bei dem Referendum sollen mehr als drei Millionen Menschen in den russisch geprägten Gebieten Donezk und Lugansk entscheiden, ob sie eine Abspaltung von der Zentralregierung unterstützen. Gestellt wird die Frage nach einer staatlichen Eigenständigkeit der Region. Die Europäische Union lehnt die Abstimmung mit aller Entschieden-

heit ab. Die überraschende Forderung Putins vom Mittwoch, das Referendum zu verschieben, war international als Schritt in die richtige Richtung gewertet worden. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) forderte von allen Seiten Bewegung. Als wichtigstes „Zwischenziel“ für die nächsten Wochen nannte sie die geplante Präsidentenwahl am 25. Mai.

Mitten in der Ukraine-Krise testete Russland gleich drei mit Atomsprenköpfen bestückbare Interkontinentalraketen. Eine Rakete vom Typ Topol-M sei vom Welt-raumbahnhof Plessezk in Nordrussland abgeschossen worden, erklärte das Verteidigungsministerium. Zudem hätten zwei Atom-U-Boote je eine Rakete auf Truppenübungsplätze abgefeuert.

Anzeigenservice • 0871/8502510

51119  
4 195746 601409

Vertriebsservice • 0871/8502410